

Migrationspaket & Co.



Created by Creatorid/Imagine
from Noun Project

Keine parlamentarische Diskussion

Im Bundestag standen am 7. Juni 2019 gleich sieben Gesetzentwürfe im Bereich Asyl/Migration auf einmal auf der Tagesordnung. Die LINKE und die Bundes-Grünen kritisierten diese Art der Parlamentsarbeit, bei der einzelne Gesetzentwürfe **nicht einmal mehr diskutiert** oder durch Reden kommentiert wurden. So blieb kein Raum, um sich mit der konkreten Kritik an einzelnen Punkten – auch von Sachverständigen – noch auseinanderzusetzen.

Verabschiedet wurden unter dem Namen

“Migrationspaket”:

- das “Geordnete-Rückkehr-Gesetz”
- Entfristung des Integrationsgesetzes (Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge)
- Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung
- Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz
- Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz
- Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Nachdem der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags die Einschätzung abgab, das Migrationspaket sei im Bundesrat zustimmungspflichtig, bestand für die Länder die Möglichkeit, die Gesetze in ihrer jetzigen Form zu stoppen. Diese ließen jedoch am 28. Juni alle sieben Entwürfe passieren. Besonders kritisch: Auch die Grün mitregierten Länder Baden-Württemberg und Hessen gaben etwa dem neuen AsylbLG ihre Zustimmung.



Wir sind Unteilbar!

Bei der Geschwindigkeit, in der sich die deutsche Migrationspolitik in eine katastrophale Richtung bewegt, fühlen wir Vertreter*innen einer solidarischen Gesellschaft uns oft ohnmächtig oder reiben uns weiter auf. Doch vergessen wir nicht, wie viele wir sind! Lasst uns nicht geräuschlos kämpfen!

Kommt zusammen und werdet laut bei den #Unteilbar Demos! Wir sind viele, und unsere Kämpfe gehören zusammen: Ob Seenotrettung, rassistische Übergriffe, Mietenwucher, Pflegenotstand, Wachstumszwang, Umweltzerstörung, Überwachung oder alltäglicher Sexismus: Es reicht! Wir wollen eine andere Gesellschaft! Wir stehen ein für Grundrechte und für Freiheit!

Raus aus der Schockstarre, raus auf die Straße!

Am **06. Juli** findet die Unteilbar-Demo in Leipzig statt, am **24. August** die bundesweite Großdemo in Dresden.

[Unteilbar-Website](#)



Created by Carlos Salgado
from Noun Project

Das “Geordnete-Rückkehr-Gesetz”

Mit dem Gesetz wurde eine Ausweitung der Gründe für **Abschiebehaft** beschlossen. Das Trennungsgebot (Abschiebehaftlinge müssen in anderen Einrichtungen als Strafgefangene untergebracht werden) wird aufgehoben, obwohl dies gegen Europarecht verstößt.

Flüchtlinge, die einen Schutzstatus in anderen EU-Staaten erhalten haben, erhalten nur noch 2 Wochen lang **Sozialleistungen**. Im 1. Quartal 2019 befanden sich fast 3.000 Personen in dieser Situation. Die Regelung widerspricht einem früheren Urteil des Verfassungsgerichts, dass das Existenzminimum nur gekürzt werden darf, wenn transparent berechnet werden kann, warum die Betroffenen weniger Geld benötigen.

Statt sechs Monate müssen Asylsuchende nun **18 Monate in sogenannten “Ankerzentren”** bleiben, ausgenommen Familien. Das Gesetz entwirft außerdem eine **neue Duldung für “Identitätstäuscher”**. Den Betroffenen drohen Wohnsitzauflagen, Arbeitsverbot und Bußgelder.

Auch die Unterstützer von Geflüchteten werden kriminalisiert: Wer Informationen über anstehende Abschiebungen kommuniziert, gerät in Gefahr, der Beihilfe zum „**Geheimnisverrat**“ bezichtigt zu werden.

22 Anwalts- und Richtervereinigungen, Kinderrechts-, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen zweifelten in einem Offenen Brief Teile des Gesetzesentwurfes als verfassungswidrig an und kritisierten den Bruch mit dem Sozialstaatsprinzip. Auch zahlreiche Initiativen aus Sachsen forderten in einem Offenen Brief die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen.



Created by Gregor Cressner
from Noun Project

Änderung AsylbLG: Gemeinschaftsunterkunft als Paarwohnung

Die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes enthält auch die absurde Regelung, die Leistungen für Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften um 10% zu senken. Die Unterkunft könne **mit einer Paarwohnung verglichen** werden. Durch gemeinsames Wirtschaften könnten die Bewohner Geld sparen.

Ulla Jelpke von der Linksfraktion kritisiert, dass so etwas in WGs und Obdachlosenheimen gerade nicht angenommen werde.

Auch hier widerspricht die Regelung der Festlegung des Verfassungsgerichts, dass das Existenzminimum nur nach nachvollziehbaren, transparenten und realitätsgerechten Kriterien gekürzt werden darf. Der Bundesrat hatte deshalb das Gesetz 2016/17 zurückgewiesen, nun stimmte er zu.

An den Leistungen des AsylbLG ist außerdem zu kritisieren, dass sie seit 2016 nicht mehr den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst wurden.



Created by arbibetu adalatu
from Noun Project

Linke: Gesetzentwurf für Integrationsgesetz

Verbindliche gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten für Migrant*innen schaffen: Am Dienstag, den 02.07. wird im Sächsischen Landtag über den von der LINKEN eingebrachten Entwurf eines Integrationsgesetzes für Sachsen abgestimmt. Dabei begreift die Linke gelingende Integration nicht nur als Aufgabe von Migrant*innen, sondern als gemeinsame Aufgabe aller. Eine Pflicht zu kultureller Assimilation wird abgelehnt. Vielmehr soll der Fokus auch darauf gelegt werden, welche Bedingungen Migrant*innen in Sachsen für ihre geforderte Integration vorfinden (z.B. institutionelle Diskriminierung), und wie diese verbessert werden können.

Konkret sollen etwa die **interkulturelle Öffnung** staatlicher Stellen, die **finanzielle Förderung** von Integrationsprojekten, die Einrichtung von **Migrationsbeauftragten und Migrationsräten** sowie Kommunalen Integrationszentren und eine Freistellung muslimischer Beschäftigter für 1 religiösen Feiertag pro Jahr gesetzlich festgelegt werden. Alle zwei Jahre soll es einen Bericht über den aktuellen Stand geben. Die Kommunen sollen vom Landtag bei der Durchführung ihrer Integrationsaufgaben finanziell unterstützt werden.

Rede von Juliane Nagel zur Einbringung des Gesetzes in den Landtag (Juli 2018): [Hier klicken](#).

Zum Gesetzentwurf



Created by Ben Davis
from Noun Project

Schwierigere Bedingungen für Einbürgerung

Letzte Woche beschlossen Bundestag und Bundesrat zudem eine Verschärfung der Einbürgerung. Wer sich einbürgern lassen möchte, muss schon heute mehrere Voraussetzungen erfüllen und unter anderem straffrei sein, deutsch sprechen, seinen Lebensunterhalt selbst erwirtschaften und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes ablegen.

Eine als "Leitkultur-Paragraph" kritisierte Regelung legt nun zusätzlich fest, dass eine "*Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse*" gegeben sein muss. Insbesondere dürfen Einbürgerungswillige nicht mit mehreren Partnern verheiratet sein.

Anlass für das Gesetzvorhaben war vermutlich ein Urteil des Bundesverwaltungsgericht im Mai 2018: Danach durfte einem Deutschen mit syrischer Herkunft die Staatsbürgerschaft nicht aberkannt werden, weil er eine Zweitehe in Syrien geschlossen hatte. Die Monogamie sei, so die Richter*innen, zwar ein in der Gesellschaft weit verbreiteter Wert, aber kein Teil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese beschreibe, was den demokratischen Staat und die Gesellschaft in ihren Grundzügen ausmache, schreibe den Bürger*innen aber nicht vor, nach welchen Werten sie ihr Leben auszurichten hätten.